

MEDIENKONFERENZ VOM 3. SEPTEMBER 2021

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Es geht nicht um die Renten, es geht um die Schweiz

Als Geburtsstunde der modernen Schweiz gilt das Jahr 1848. Zu dieser Zeit wurden unsere demokratischen Institutionen geschaffen und das Nationalgefühl begann sich langsam aber stetig zu entwickeln. Erst mehr als 40 Jahre später wurde ein Nationalfeiertag eingeführt, der 1. August als gesetzlicher Feiertag. Der Erste Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit waren Zeiten grosser innerer Spannungen, sowohl zwischen den Sprachen als auch sozial. Ein grosser Teil des Nationalgefühls wurde also zweifellos erst 1948 geboren. Dann nämlich, als die Schweiz als Bundesstaat eine universelle Sozialversicherung schuf, um den älteren Menschen eine ernsthafte Form der sozialen Sicherheit zu garantieren, die AHV.

Die Vorstellung, dass Alter gleichbedeutend sei mit Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit, zählte damit von da an nur noch zu den schlechten Erinnerungen an die Vergangenheit. Das Land machte es sich zur Aufgabe, allen einen Lebensabend in Ruhe und mit gesicherter Existenzgrundlage zu garantieren. Mit dieser politischen Entscheidung, die vom Volk breit unterstützt wurde, wurde der Aufbau der Schweiz als Nation abgeschlossen. 1948 vervollständigte das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Land, das die schwächsten seiner Mitglieder schützt und daher diesen Namen verdient.

Das war keine Frage der Demografie, sondern des Willens. Die Schweiz schuf die Instrumente, um ihrer älteren Bevölkerung ein Leben in Würde zu ermöglichen, indem sie sie von der Arbeitspflicht befreite. Im Jahr 1948 fühlte sich die Schweiz wohlhabend genug, um diese Entscheidung zu treffen. Heute, Anfang der 2020er Jahre, versuchen uns die bürgerliche Mehrheit und die Wirtschaft weiszumachen, dass dies nicht mehr der Fall sei.

In den folgenden Jahrzehnten setzte die Schweiz trotz der demografischen Entwicklung, welche die bekannte Verringerung des Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen und Rentnern ankündigte, ihre Reformen im Sinne des Jahres 1948 fort. Anfang der 1970er Jahre verdoppelte sie die Renten und Beiträge, nachdem sie das Rentenalter für Frauen gesenkt hatte. Im Jahr 1970 lag die durchschnittliche Lebenserwartung für eine 65-jährige Frau bei weiteren 16.2 Jahren, für einen gleich alten Mann bei 13.3 Jahren. Seitdem ist die Lebenserwartung um 6.5 Jahre gestiegen. der Schweizer Bevölkerung bei rund 72 Jahren. Bis 2020 hat sie sich um etwa zehn Jahre erhöht. Hätte das damalige Parlament den Mechanismus eingeführt, der heute von der Initiative der Jungen FDP und der Finanzindustrie gefordert wird, läge das Rentenalter heute bei 71 Jahren. Zum Glück für die Jugendlichen von damals hatte die FDP zu der Zeit nicht das Bedürfnis, eine Jugendorganisation zu haben.

Diese kurzen historischen Ausführungen sollen daran erinnern, dass die AHV keine Angelegenheit von Expertinnen und Experten oder realitätsfernen Mechanismen ist. Es handelt sich um eine grundlegende Entscheidung, die heute erneuert werden muss. Wir stehen für diese Erneuerung des Paktes von 1948 ein. Und wir halten im Jahr 2021 an drei Überzeugungen fest:

1. Die Schweiz ist reich genug, um Frauen und Männern die Rente zu garantieren, die unsere Vorfahren geschaffen, entwickelt und bis heute finanziert haben. Die Leistungskürzungen sind ungerechtfertigt.
2. Die Frauen leiden immer noch unter grossen wirtschaftlichen Ungleichheiten, sowohl während des Arbeitslebens als auch im Ruhestand. Einsparungen in der AHV auf ihrem Rücken sind inakzeptabel.
3. In immer mehr Fällen reichen die Renten nicht mehr für ein normales Leben aus. Die katastrophale Wirkung der Senkung der Umwandlungssätze im überobligatorischen Teil der zweiten Säule ist eine neue Realität, die eine Erhöhung der AHV-Renten erfordert. Nur damit lässt sich auch das Versprechen einhalten, dass die AHV das existenzsichernde Einkommen garantiert.

Diese drei Überzeugungen werden wir an der Demonstration vom 18. September mit Nachdruck vertreten. Wir werden aber auch noch für andere Dinge demonstrieren: Wir werden langfristig die Angriffe der Finanzindustrie auf unser Rentensystem bekämpfen. Sie organisieren sich gut im Schatten der Covid-Krise, welche die ganze Aufmerksamkeit der Medien in Anspruch nimmt. Aber wir werden ihre Machenschaften aufdecken.

So hat letzte Woche hat die Mehrheit der Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit (SGK-N) versucht, einen Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zu torpedieren. Diesen Kompromiss, der es schafft, sowohl die zweite Säule finanziell zu sanieren und gleichzeitig die Renten von Frauen und Geringverdienenden zu verbessern. Stattdessen schlägt diese Kommission ein Paket vor, das

- zu einer allgemeinen Erhöhung der Beiträge führt, die das Nettogehalt aller Arbeitnehmenden unter 55 Jahren je nach Situation um 1.2 bis fast 4 Prozent verringert,
- zu einer bis zu 12-prozentigen Kürzung der Renten für den obligatorischen Teil führt,
- den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung ein Steuergeschenk von 1 bis 2 Milliarden Franken macht, indem ihre Steuerabzüge für die dritte Säule erhöht werden,
- die Übergangskompensationen auf Arbeitnehmende über 50 Jahren beschränkt, die keine überobligatorische Abdeckung in der 2. Säule haben – und damit de facto einen grossen Teil der in Teilzeit arbeitenden Frauen ausschliesst,
- die Gutverdienenden von den Beiträgen zur Finanzierung dieser mageren Übergangsentzündung ausnimmt.

Und dieses unverdauliche Paket soll die Akzeptanz der Bevölkerung für die Anhebung des Frauenrentenalters erhöhen ...

Am 18. September werden wir demonstrieren – gegen diese Unanständigkeit und gegen diesen Versuch, die lange Geschichte unseres Landes ungeschehen zu machen.